

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 095/16 vom 18. Februar 2016

Volker Dornquast zu TOP 46: SPD, Grüne und SSW gehen rücksichtslos den Weg zu einer Einheitsschule weiter

Es gilt das gesprochene Wort
Sperrfrist Redebeginn

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Ministerin Ernst,

Sie legen hier einen sehr ausführlichen Bericht zur schulischen Qualitätsentwicklung vor. Danke dafür – viel, sehr viel Theorie. Qualität kann sich nur da entwickeln bzw. verbessern, wo effektive Strukturen bestehen und entsprechend praktische Maßnahmen möglich sind. Bei all den beschriebenen – teils freiwilligen externen und internen Evaluationen bei Vergleichsarbeiten und Lernstandserhebungen darf nicht vergessen werden, dass die Hauptaufgabe der Schulen das Lernen, das Unterrichten der Schüler ist.

Bereits im Jahre 2012 hofften die Lehrer, Schüler und Eltern, dass endlich Schulfrieden eintritt, dass die gesetzlich fixierten Strukturen nunmehr fest seien und dass man mit der inhaltlichen Arbeit in Ruhe und längerer Kontinuität beginnen könne. Doch weit gefehlt. Es begann eine neue Strukturdiskussion. Zusammen mit der Neugestaltung der Lehrerausbildung zum Einheitslehrer kommen Sie Ihrem obersten Ziel, der Einheitsschule, immer näher. Schön für Sie, aber diese Politik geht am Willen der Eltern

vorbei. Das hindert Sie aber nicht daran, Ihre ideologischen Ziele auf Biegen und Brechen durchzusetzen, und das auf dem Rücken unserer Kinder. Darüber hinaus wurden kleine, ja an manchen Stellen zu kleine Oberstufen an Gemeinschaftsschulen genehmigt, ohne Rücksicht auf die benachbarten Gymnasien und die Regionalen Berufsbildungszentren. Diese Entwicklung wurde bei der Schaffung von zusätzlichen notwendigen Lehrerstellen nicht ausreichend berücksichtigt. Insbesondere Ihre Zielvorgabe, die Zahl der Abiturienten erheblich zu erhöhen, wurde bisher nicht mit den dafür notwendigen Rahmenbedingungen begleitet. Es gab hierbei keine Abstimmung mit unserem Handwerk, das dadurch natürlich in Zukunftsprobleme bei der Nachwuchswerbung kam. Gleichzeitig mehrten sich die Klagen der Hochschulen, dass die Studierfähigkeit der Abiturienten sich weiter verschlechtert, und deshalb Überlegungen bestehen, dieses mit sogenannten Nullsemestern nachträglich herzustellen. Es kann doch aber nicht die Aufgabe unserer Hochschulen sein, unsere Abiturienten fit für die Uni zumachen. Auch hier scheint ein von der Regierung bisher nicht gelöstes Problem zu bestehen. Wichtiger, als die Zahl der Abiturienten zu erhöhen, ist das Ziel der größeren Chancengerechtigkeit in diesem Bildungsbereich zu sein.

Sie stellen einleitend in Ihrem Bericht fest, dass sich die Leistungen der Schüler deutlich verbessert haben. Leider geben Sie keine Nachweise für diese Aussage. Meine Vermutung ist hier eine andere. (Reduzierung der Leistungsanforderung und dadurch Steigerung der Abiturientenzahl).

Im letzten Jahr kamen mit den zahlreichen Flüchtlingskindern, für die natürlich auch die allgemeine Schulpflicht gilt, neue sehr komplexe Herausforderungen auf unsere Schulen zu. Nicht nur die Schülerzahlprognosen der Vergangenheit wurden damit ausgehebelt, und damit auch die Zahl der notwendigen Lehrerstellen, sondern auch die besondere Situation mit den fehlenden Sprachkenntnissen und den kulturellen Unterschieden machen besondere Kraftanstrengungen unserer Schulen erforderlich. Sie beschreiben in Ihrem Bericht die Strukturen und die Aufgaben der DaZ-Zentren. Natürlich ist es erforderlich, alles zu tun, damit diese Situation nicht zu Lasten der Unterrichtsqualität (oder: insgesamt) geht. Sie beschreiben weiter auch die Ausweitung der Inklusion mit den Folgen für unsere Schulen.

Ob dafür die - verzögerte - Einstellung von Schülern der ideale Weg ist, möchte ich bezweifeln. Insbesondere auch, weil diese nicht bedarfsgerecht, sondern nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden. Bis heute gibt es keine klare Aufgabenbeschreibung. Besser wäre es gewesen, die Finanzmittel, die hierfür verwendet werden, in die Stärkung des pädagogischen Personals, insbesondere in Sonderpädagogen, zu stecken.

Die Fehlstunden in unseren Schulen sind immer noch zu hoch. Es fehlt hier ein Push gegen den Unterrichtsausfall, die Festlegung in der Statistik in Stunden der Selbstbeschäftigung ist zwar interessant, aber kein geeignetes Mittel gegen Stundenfehl. Sie beschreiben richtig die Schulprogramme als Basis für die Weiterentwicklung der Schulen. Dafür müssen diese natürlich zeitgerecht fortgeschrieben werden.

Wichtiger Bestandteil der Qualitätsvorgaben für unsere Schulen sind die vorgegebenen Fachanforderungen für die verschiedenen Fächer und Stufen. Hier ist eine stetige Aktualisierung an die modernen Entwicklungen notwendig, wie sie beschreiben, sollen hier in diesem Jahr Schritte erfolgen.

Meine Damen und Herren,
ich möchte dieses Thema gerne im Ausschuss weiter diskutieren,
insbesondere auch die weitere Entwicklung des IQSH und somit die Qualität der Lehrerfortbildung.